

Diese Maßnahme sollte wahrscheinlich den sonst gewöhnlich im Frühjahr an den Universitäten ausbrechenden Demonstrationen gegen die Regierung vorbeugen (NCNS, 7. 4. 76). Anfang Juni wurde bekannt, daß insgesamt sieben Katholiken Gefängnisstrafen von einem bis zu fünf Jahren erhalten haben. Mit der Vervielfältigung des Gedichtes und der Verteilung unter katholischen Studenten hätten sie gegen die Notstandsverordnungen verstoßen. Das Gedicht mit dem Titel „Eine Studie des Kreuzes“ kritisierte in satirischer Form die Regierung und war von dem 31-jährigen Jesuiten *Peter Kim* aus Seoul verfaßt worden. Er wurde mit fünf Jahren Haft am schwersten bestraft (NZZ, 7. 6. 76). Auch die Gruppe der 18 Christen hatte Kritik an der Regierung geübt. Mit einer „Erklärung zur demokratischen Befreiung des Vaterlandes“ hatten ursprünglich 12 prominente Theologen, Wissenschaftler und Politiker Südkoreas die Regierung *Park Chung Hee* zum Rücktritt aufgefordert. In der Erklärung, die am 1. März bei einem gemeinsamen Gottesdienst von Katholiken und Protestanten zum Unabhängigkeitstag in der Myong-Kathedrale von Seoul verlesen worden war (und erst spät außerhalb Koreas bekannt wurde), hieß es u. a., die Regierung habe das Land in eine

Katastrophe geführt, wieder einmal sei das Volk von einer diktatorischen Regierung gefesselt und die Gewaltenteilung bestehe nur noch auf dem Papier. Die Freiheit des Glaubens und des Gewissens werde immer weiter eingeschränkt, die Freiheit der Meinungsäußerung und die Selbständigkeit der Schulen seien aufgehoben. Die Anklage gegen die Unterzeichner und weitere Christen, die sich mit der Erklärung solidarisierten, lautete auf „Verschwörung zum Sturz der Regierung“. Der mittlerweile als „Zwischenfall vom 1. März“ geläufige Protest hat die Gemüter der Koreaner so erhitzt, daß sich sowohl die Regierung als auch Kardinal *Stephan Kim*, der Erzbischof von Seoul, zu Stellungnahmen veranlaßt sahen. Während die Regierung von ihrem Übersee-Informationsdienst eine ausführliche Broschüre mit teilweise ungeheuerlichen Beschuldigungen und Unterstellungen verbreiten läßt („Facts Behind Abuse of Religious Service“), stellte sich der Kardinal in einer Predigt hinter die Angeklagten (SNOP-Dokument, 29. 4. 76). Der Prozeß findet weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Führende Kirchenvertreter des Auslandes haben sich bei *Park Chung Hee* für die Beschuldigten eingesetzt, bisher jedoch ohne sichtbaren Erfolg.

Personen und Ereignisse

Der Pressesprecher des Vatikans, Prof. *Federico Alessandrini*, ist aus Altersgründen zurückgetreten. Alessandrini, bereits in seinen Jugendjahren im katholischen Akademikerverband und der Katholischen Aktion tätig und seit den dreißiger Jahren Journalist beim „Osservatore Romano“ hatte das Amt 1970 zunächst kommissarisch von seinem Vorgänger, Bischof *Fausto Vallainc*, übernommen. Er galt als Kenner kommunistischer Theorie und Geschichte, ein Thema, zu dem er sich häufig in der vatikanischen Wochenzeitung „Osservatore della Domenica“ geäußert hat. Nachfolger Alessandrinis wird – zunächst „zeitweilig“ – der italienische Combonianer-Missionar *P. Romeo Panciroli*.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (West) hat als Nachfolger von *Kurt Scharf* den bisherigen Landessuperintendenten von Stade (Landeskirche Hannover), *Martin Kruse*, gewählt. Mit ihm hatte *Peter Krusche*, Professor für praktische Theologie in München, für das schwierige Berliner Bischofsamt kandidiert. Der 47-jährige Kruse erhielt im dritten und letzten möglichen Wahlgang wesentlich mehr als die erforderlichen Zweidrittel der Stimmen. Der bisherige Bischof wertete das Wahlergebnis als einen Beweis für die Verständigungsbereitschaft innerhalb der West-Berliner Synode. Kruse, ein lutherischen Pfarrhaus entstammend und ehemals Schüler des berühmten Reformationshistorikers *Heinrich Bornkamm*, war früher an der Evangelischen Akademie in Loccum, als Gemeindepfarrer und als Studiendirektor des Predigerseminars Loccum tätig. Er gilt in seiner kirchlichen und theologischen Position allgemein als „Mann des Ausgleichs“.

Der Rat der EKD hat mit Wirkung vom 1. Februar 1977 Pastor *Heinz-Georg Binder* zu seinem neuen Bevollmächtigten am Sitz der Bundesregierung ernannt. Binder, zur Zeit Gemeindepfarrer in Bremen

und Vorsitzender der Kammer der EKD für publizistische Arbeit, tritt in seinem neuen Amt die Nachfolge von Bischof *Hermann Kunst* an, der die EKD gegenüber der Bundesrepublik seit deren Bestehen vertreten hat.

Für die Bereitschaft, Verantwortung für das künftige europäisch-afrikanische Zusammenleben mitzuübernehmen, hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, *Egon Bahr*, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal *Julius Döpfner*, gedankt. In einem Schreiben an den Kardinal unterstrich der Minister, Döpfners Reise durch verschiedene afrikanische Staaten habe großes Interesse gefunden. Vor allem sein entschiedenes Eintreten „für Gerechtigkeit und Menschenwürde“ in Südafrika und Rhodesien habe ihn „sehr beeindruckt“.

Auf Einladung des bisherigen Bevollmächtigten der EKD am Sitz der Bundesregierung, Bischof *Hermann Kunst*, hielt sich der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, *Philip Potter*, in Bonn auf. Seine politischen Gesprächspartner waren neben dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler unter anderem der SPD-Vorsitzende *Willy Brandt* und CDU-Generalsekretär *Kurt Biedenkopf*. Daneben führte Potter auch Gespräche mit dem Apostolischen Nuntius, Erzbischof *Guido del Mestri*. Potter bezeichnete es als den wichtigsten Eindruck seines Aufenthaltes in Bonn, daß Regierung und Opposition in Bonn erkannt hätten, daß es für die brennenden Weltprobleme keine einfachen und klaren Lösungen gebe, sondern „daß wir miteinander um diese Lösungen ringen müssen“. Die Christen müßten sich mit allen Menschen guten Willens gegen die Gefahren für den Weltfrieden und gegen den „wachsenden Graben zwischen Armen und Reichen“ verbünden. Zur Situation zwischen den Kirchen sagte Potter, es gebe keinen Stillstand und erst recht keinen Rück-

schrift im ökumenischen Dialog. Der ökumenische Fortschritt finde jetzt da statt, „wo er stattfinden muß, auf der lokalen Ebene“.

Eine Delegation des vatikanischen Sekretariats für die Nichtchristen unter der Leitung seines Präsidenten, Kardinal *Sergio Pignedoli*, hielt sich zu Gesprächen und Begegnungen mit hohen Vertretern der schiitischen Richtung des Islam im Iran auf. Die katholischen Gesprächsteilnehmer zeigten sich überrascht von der Hochachtung, mit der die schiitischen Dialogpartner von Jesus Christus, der Jungfrau Maria und wichtigen katholischen Glaubenswahrheiten sprachen. Von schiitischer Seite wurde vorgeschlagen, möglichst bereits im kommenden Jahr die Kontakte wieder aufzunehmen und dabei vor allem Fragen zu besprechen, die sich aus der Konfrontation des Glaubens mit der modernen Welt ergeben. Als mögliche konkrete Themen wurden der Glaube an Gott in einer technisierten und säkularisierten Welt und die Erwartungen der Jugend an die Religionen ins Auge gefaßt. Im Laufe ihres Aufenthaltes in Persien wurde die vatikanische Gruppe auch von Schah *Reza Pahlavi* und hohen persischen Regierungsvertretern empfangen.

Der Metropolitansitz der rhodesischen Hauptstadt wird in Zukunft erstmals von einem einheimischen Erzbischof geleitet werden. Papst Paul VI. ernannte den bisherigen Weihbischof von Salisbury, *Patrick Chakaipa*, der dem Stamm der Shona angehört, erst 1965 zum Priester geweiht wurde und bereits seit drei Jahren als Weihbischof amtierte, zum neuen Metropolit. Kurz zuvor hatte der Papst das Rücktrittsgesuch des bisherigen Erzbischofs, des Engländers *Francis William Markall SJ*, angenommen.

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt vom Patris Verlag GmbH, Vallendar, bei.